

Microsoft Handelspartner Rahmenvereinbarung

zu EU 5050_2026

Zwischen

dem Saarland, Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie,
vertreten durch das IT-Dienstleistungszentrum,
Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken,
vertreten durch den Leiter

-Auftraggeber 1 (AG 1) –

dem Landkreis Saarlouis, Kaiser-
Wilhelm-Straße 4-6, 66740 Saarlouis
vertreten durch den Landrat

-Auftraggeber 2 (AG 2) –

und

der Firma _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

- Auftragnehmer (AN) -

wird folgende Rahmenvertrag für einen Microsoft Handelspartner geschlossen:

Inhalt

1.	Allgemeine Regelungen, Leistungsgegenstand, Vertragsverhältnisse	3
2.	Vertragsbestandteile und Rangfolgenregelung	3
3.	Vertragliche Stellung und Funktion des AG 1 (Land Saarland), bezugsberechtigte Einrichtungen (Bedarfsträger).....	4
4.	Vertragliche Stellung und Funktion des AG 2 (Landkreis Saarlouis)	4
5.	Vertragliche Stellung und Funktion der bezugsberechtigten Rechtsträger	5
6.	Vertragliche Stellung und Funktion des Auftragnehmers (AN), Unterauftragnehmer	5
7.	Vertragsverhältnisse / Teilschuldnerschaft bezüglich der vertraglichen Einzelleistungen des AN	7
8.	Schätzmengen und Höchstmengen.....	7
9.	Vertragliche Grundleistungen einschließlich unterstützender Leistungen.....	7
10.	Begleitende zusätzliche Leistungen, Umstellung auf eine Cloudlösung über eine microsoftbasierende souveräne Cloud	8
11.	Bestellvorgang / Abruf von vertraglichen Leistungen	9
12.	Leistungsstermine	10
13.	Preise, Preisanpassung und Abrechnung	11
14.	Geltungsdauer des Rahmenvertrags (Laufzeit), auftraggeberseitige Verlängerungsoption	13
15.	Außerordentliche Kündigung	13
16.	Vertragsbeendigung, Betriebseinstellung, Insolvenz	14
17.	Ansprechpartner der Parteien	15
20.	Pflichten der Vertragsparteien	16
21.	Versicherung des AN	16
22.	Zurückbehaltungsrecht	16
23.	Vertraulichkeit und Datenschutz.....	16
24.	Veröffentlichungen, Pressemitteilungen, Vertraulichkeit.....	16
25.	Schriftform und Salvatorische Klausel.....	17
26.	Erfüllungsort und Gerichtsstand	17

1. Allgemeine Regelungen, Leistungsgegenstand, Vertragsverhältnisse

Gegenstand dieser Rahmenvereinbarung ist der Bezug und die Pflege von Microsoft-Produkten und Lizenzen sowie damit verbundene Dienstleistungen über den Microsoft-Handelspartner (AN) durch das Land Saarland (AG 1) für dessen nachfolgend genannten Einrichtungen (Bedarfsträger) sowie durch den Landkreis Saarlouis (AG 2), stellvertretend für nachfolgend genannten Kommunen und kommunalen Einrichtungen auf Basis der nachstehenden Bedingungen. Es erfolgt auftraggeberseitig entsprechend dieser Rahmenvereinbarung ein fortwährender Abruf von Einzelaufträgen.

Die Abrufe durch das Land Saarland (AG 1) für dessen Einrichtungen (Bedarfsträger) erfolgen durch den AG 1 selbst, welcher auch Vertragspartner des AN für diese Leistungen ist, soweit diese Rahmenvereinbarung keine abweichenden Regelungen trifft. Ausnahme davon ist das Landespolizeipräsidium. Die Abrufe des Landkreises Saarlouis (AG2) im Rahmen dieses Vertragsschlusses erfolgen durch den Landkreis Saarlouis selbstständig.

Die auf dieser Rahmenvereinbarung beruhenden Einzelaufträge (Abrufe) erfolgen entsprechend den Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung.

Die während der Laufzeit bestellten Mengen richten sich ausschließlich nach dem Bedarf der Vertragspartner und der Bedarfsträger.

Die Auftraggeber gehen in Bezug auf den Abschluss des Handelspartnerrahmenvertrages von einem Höchstwert von **50.000.000,00 Euro/brutto** für die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrages in Summe aus. Der Vertrag endet automatisch, sobald die Höchstgrenze erreicht ist.

Die geschätzte Auftragssumme beträgt **25.000.000 EURO/brutto**.

Dabei handelt es sich nicht um eine verbindliche Abnahmemenge, sondern um einen Richtwert für die Bieter. Abweichungen im Auftragsvolumen sind jederzeit möglich und zulässig.

Eine Abnahmeverpflichtung oder Mindestabnahmemenge aus dieser Rahmenvereinbarung besteht nicht.

2. Vertragsbestandteile und Rangfolgenregelung

Für die Leistungserbringung und alle hieraus entstehenden Rechte und Pflichten gelten die nachfolgend genannten Regelungen. Im Fall von Widersprüchen gilt die Reihenfolge als Rangfolge:

1. Die Bestimmungen dieses Vertrages
2. Leistungsbeschreibung zur der Ausschreibung Anlage 1
3. Das durch den AN ausgefüllte Preisblatt der Ausschreibung, gem. Anlage in Verbindung mit der aktuell gültigen Preisliste des AN, welche ausschließlich die jeweils aktuell gültigen Preise des Herstellers Microsoft beinhaltet.
4. Liste über die Ansprechpartner der Vertragsparteien, (wird nach Zuschlagserteilung versandt)
5. Soweit nicht vorrangig die Bedingungen für Leistungen durch die Lizenzbedingungen des Softwareherstellers Microsoft geregelt sind, gelten für die jeweiligen Abrufe als ergänzende Vertragsbedingungen
 - a. bei dem Abruf zeitlich unbefristeter Überlassung von Standardsoftware gegen Einmalvergütung die EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A) V3_0_0 20260301
 - b. bei dem Abruf für die Pflege von Standardsoftware die EVB-IT Pflege S-AGB V3_0_0 20260301
 - c. bei Abruf von Dienstleistungen die EVB-IT Dienstleistungs-AGB V3_0_0 20260301

6. die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen – Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen – VOL/B in der jeweils gültigen Fassung
7. Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere des Werkvertragsrechts

Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN sind nicht Bestandteil dieses Rahmenvertrag, auch wenn der AG 1 und der AG 2 ihnen nicht ausdrücklich widersprechen, es sei denn, dass ihre Geltung ausdrücklich vereinbart ist und sie den Vertragsgrundlagen nicht widersprechen.

3. Vertragliche Stellung und Funktion des AG 1 (Land Saarland), bezugsberechtigte Einrichtungen (Bedarfsträger)

- (1) Der AG 1 erfüllt die Funktion als Auftraggeber im rechtlichen Sinne und ist Vertragspartner der von dem AN für die bezugsberechtigten Einrichtungen des AG 1 (Bedarfsträger) zu erbringenden Leistungen.
- (2) Bei den Bedarfsträgern der AG 1 handelt es sich insbesondere um folgende Einrichtungen:
 - alle Ministerien und nachgeordnete Dienststellen
 - die Staatskanzlei mit Landesvertretung Berlin und Brüssel
 - der Rechnungshof des Saarlandes
 - die Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit
 - das Landesinstitut für Präventives Handeln
 - die Landesmedienanstalt das Mediennetzwerk Saar e.V.
 - der Bildungscampus mit den staatl. Förderschulen, den Studienseminare, der Beratungsstelle Hochbegabung, dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien, der Landeszentrale für politische Bildung
 - die Landesfeuerweherschule
 - die Fachhochschule für Verwaltung
 - die Hochschule für Musik
 - die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz mit den saarländischen Museen
 - ProTandem (das ehm. Deutsch-Franz. Sekretariat)
 - Einheitlicher Ansprechpartner Saar
 - Das Landespolizeipräsidium (LPP)
- (3) Die Einzelabrufe erfolgen durch den AG 1. Die Durchführung und Abwicklung für den AG 1 erfolgen hierbei durch das IT-Dienstleistungszentrum (IT-DLZ). Direkte Abrufe und Bestellungen durch der im Vertrag benannten Bedarfsträger und deren Mitarbeiter sind mit Ausnahme des Landespolizeipräsidiums (LPP) nicht möglich.

4. Vertragliche Stellung und Funktion des AG 2 (Landkreis Saarlouis)

- (1) Der AG 2 handelt im Rahmen dieser Vereinbarung ausschließlich im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Die Anwendung der Regelungen sowie die Geltung der Voraussetzungen aus dieser Rahmenvereinbarung beziehen sich ausschließlich auf den AG 2 als alleinigen Vertragspartner. Einzelabrufe erfolgen ausschließlich durch den AG 2, der hierdurch allein berechtigt und verpflichtet wird. Etwaige davon abweichende Regelungen aus dem geltenden Select Plus Vertrag zwischen dem AG 2 und Microsoft bleiben unberührt.
- (2) Zur Abgabe von Willenserklärungen, welche die Änderung und Gestaltung dieser Rahmenvereinbarung zum Gegenstand haben (z. B. Kündigung dieses Rahmenvertrags oder Ausübung von Optionsrechten), ist der AG 2 nicht berechtigt, sondern ausschließlich der AG 1.

5. Vertragliche Stellung und Funktion der bezugsberechtigten Rechtsträger

- (1) Bei bezugsberechtigten Rechtsträgern im Sinne dieser Rahmenvereinbarung handelt es sich um eigenständige und rechtsfähige öffentlich - rechtliche Rechtsträger im Landes Saarland, (z. B. kommunale Gebietskörperschaften im Saarland, im Saarland ansässige Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts, welche für Aufgaben und Funktionen im Saarland zuständig sind) und nach den Vorgaben der BMI – Konditionsverträge bezugsberechtigt sind und nach den Regelungen autorisiert aus den nachfolgenden Absätzen autorisiert sind. Die bezugsberechtigten Rechtsträger sind nicht Vertragspartner dieser Rahmenvereinbarung, aber auf Basis dieser berechtigt, auf eigene Rechnung Abrufe zu tätigen.
- (2) Mit Beginn des Vertrags sind folgende Rechtsträger als bezugsberechtigte Rechtsträger autorisiert:
 - die Ärztekammer des Saarlandes
- (3) Der AG I ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit weitere bezugsberechtigte Rechtsträger, welche die Voraussetzungen gem. Abs. (1) erfüllen zu benennen. Der AG 1 stellt dabei sicher, dass die benannten bezugsberechtigten Rechtsträger sich Kenntnis von den Regelungen dieses Rahmenvertrags inkl. sämtlicher Anlagen erhalten haben und sich verpflichtet haben, diese bei der Tätigkeit von Abrufen zu beachten. Die Benennung dieser durch den AG 1 muss schriftlich mindestens 4 Wochen vor Tätigkeit des ersten Abrufs durch diesen bezugsberechtigten Rechtsträger erfolgen. Die Benennung von weiteren bezugsberechtigten Rechtsträgern führt nicht zur Erhöhung der vertraglichen Höchstgrenze.
- (4) Die bezugsberechtigten Rechtsträger handeln im Rahmen dieser Vereinbarung ausschließlich im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Die Anwendung der Regelungen sowie die Geltung der Voraussetzungen aus dieser Rahmenvereinbarung beziehen sich ausschließlich auf die bezugsberechtigten Rechtsträger als alleinige Vertragspartner des AN. Einzelabrufe erfolgen ausschließlich durch die jeweiligen bezugsberechtigten Rechtsträger, die hierdurch allein berechtigt und verpflichtet werden. Etwaige davon abweichende Regelungen aus dem geltenden Select Plus Vertrag zwischen dem bezugsberechtigten Rechtsträger und Microsoft bleiben unberührt.
- (5) Zur Abgabe von Willenserklärungen, welche die Änderung und Gestaltung dieser Rahmenvereinbarung zum Gegenstand haben (z. B. Kündigung dieses Rahmenvertrags oder Ausübung von Optionsrechten), ist der bezugsberechtigte Rechtsträger nicht berechtigt, sondern ausschließlich der AG 1.

6. Vertragliche Stellung und Funktion des Auftragnehmers (AN), Unterauftragnehmer

- (1) Der AN muss nachfolgende Zertifizierungen bei Vertragsschluss verfügen und für die Laufzeit des Vertrags aufrechterhalten:
 - eine gültige ISO 9001 (Qualitätsmanagement) Zertifizierung
 - eine gültige ISO 27001 (Informationssicherheit) Zertifizierung
 - Eine gültige ISO/IEC 27701 (Privacy Information Management System) Zertifizierung
 - Eine gültige ISO 22301 (Security and resilience – Business Continuity Management Systems) Zertifizierung
 - Eine gültige ISO/IEC 27017 (Information Security Controls for Cloud Services) Zertifizierung
 - ISO 19770-1 IT Asset Management.

- (2) Der AN muss mindestens über die nachfolgenden Qualifikationen und Spezialisierungen verfügen und für die Laufzeit des Vertrags aufrechterhalten:

Qualifikation als Microsoft Lösungspartner_
Lösungspartner für Infrastruktur (Azure)
Lösungspartner für Daten und KI (Azure)
Lösungspartner für Digital- und App-Innovationen (Azure)
Lösungspartner für Geschäftsanwendungen
Lösungspartner für Modernes Arbeiten
Lösungspartner für Sicherheit
Lösungspartner – Spezialisierung:
Analytics -
Azure VMware Solution
KI-Plattform mit Microsoft Azure
Agentische DevOps mit Microsoft Azure und GitHub
Entwicklung von Low - Code - Anwendungen
Einführung und Change Management
Telefonsystem über Microsoft Teams
Besprechungen und Konferenzräume in Microsoft Teams
Modernisierung von Endpunkten
Cloud Sicherheit
Identitäts- und Zugriffsverwaltung
Datensicherheit
Bedrohungsschutz
Infrastruktur- und Datenbankmigration -
Azure Virtual Desktop
KI-Apps mit Microsoft Azure
Copilot
Sichere KI Produktivität

- (3) Bei dem AN muss es sich um einen akkreditierten Microsoft Fastrack Ready Partner **und** einen akkreditierten Managed Service Provider (MSP) **und** einen akkreditierten Microsoft Licensing Solution Partner (LSP) handeln. Entsprechende Kenntnisse sowie Erfahrungen in der Implementierung und Betreuung von Microsoft Cloud-Lösungen sind erforderlich.
- (4) Die Beauftragung von Unterauftragnehmern als Erfüllungsgehilfen für Teile der Leistungen, welche die rechtliche Funktion als IT-Handelsvertragspartners für Microsoft-Produkte beinhalten ist, unzulässig (z. B. Zwischenschaltung oder Einbeziehung weiterer Handelsvertragspartner für Microsoftprodukte). Insbesondere können die zwingend gem. Abs. (1) bis (3) erforderlichen

Voraussetzungen des AN nicht durch den Einsatz entsprechend geeigneter Unterauftragnehmer kompensiert werden. Der Einsatz von Unterauftragnehmern ist lediglich für Hilfsleistungen (Lieferung, Installationen, Schulungen) gestattet, sofern diese für die beauftragte Tätigkeit hinreichend qualifiziert sind und erforderlichen Qualitätsanforderungen für Microsoft – Produkte erfüllen.

- (5) Der AN verpflichtet sich und die von ihm gem. Abs. (4) eingesetzten Unterauftragnehmer zur Einhaltung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung sowie das bei der Leistungserbringung an alle ihm aufgrund des Mindestlohngesetzes (MiLoG) obliegenden Pflichten sowie die sonstigen geltenden Mindestbedingungen für die Arbeitnehmer in seinem Betrieb vollumfänglich einzuhalten. Weiter verpflichtet er sich und die von ihm gem. Abs. (4) eingesetzten Unterauftragnehmer sicherzustellen, dass die zur Erfüllung der Aufgaben erforderliche Qualifikation vorliegt und die erforderlichen Qualitätsanforderungen für Microsoft – Produkte erfüllt werden. Die Anforderungen an die Qualifikationen und die qualitativen Standards der des seitens des AN eingesetzten Mitarbeiter, ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.

7. Vertragsverhältnisse / Teilschuldnerschaft bezüglich der vertraglichen Einzelleistungen des AN

- (1) AG 1 und AG 2 und bezugsberechtigten Rechtsträger sind lediglich Vertragspartner und Kostenschuldner für die durch die Abrufe begründeten eigenen Vertragsverhältnisse mit dem AN.
- (2) Die in den Abs. (1) vorbenannten Auftraggeber und Vertragsberechtigten sind gegenüber dem AN bezüglich der abgerufenen Leistungen Teilschuldner, beschränkt auf jeweils durch die Abrufe begründeten eigenen Vertragsbeziehungen. Eine vertragliche Haftung gegenüber dem AN als Gesamtschuldner ist ausgeschlossen.
- (3) Etwaige Ansprüche gegen den AG 1 und AG 2, welche sich direkt auf die Umsetzung dieses Rahmenvertrags richten oder sich daraus ergeben und nicht die abgerufenen Leistungen und Lizenzverträge betreffen, bleiben hiervon unberührt.

8. Schätzmengen und Höchstmengen

- (1) Für die Gesamtlaufzeit des Rahmenvertrags inkl. Verlängerungsoptionen von 48 Monaten wird ein Bedarf an abzurufenden vertraglichen Leistungen mit einem Volumen von 25.000.000,00 € geschätzt. Die Höchstgrenze für Bestellmenge/Abrufmenge beträgt 50.000.000,00 € brutto. Bei Erreichen der maximalen Bestellmenge/Abrufmenge (Höchstgrenze) endet die Rahmenvereinbarung automatisch.
- (2) Der Auftragnehmer muss monatlich fortlaufend, eine Übersicht über die bestellten/abgerufenen Leistungen und eine Zuordnung zu den jeweiligen abrufenden Stellen an die Ansprechpartner des AG 1 und die bisher angefallene Bruttosumme mitteilen. Diese Auflistung ist fortzuschreiben, so dass sich eine Gesamtübersicht über die monatlichen Abrufmengen sowie deren Summe ergibt. Bei Erreichen von 70 % der Höchstgrenze erfolgt an den AG 1 eine gesonderte Mitteilung in Textform.

9. Vertragliche Grundleistungen einschließlich unterstützender Leistungen

- (1) Die nach dieser Rahmenvereinbarung abzurufenden Leistungen umfassen die Lieferung und Pflege von Microsoft Software-Produkten, einschließlich der dafür erforderlichen beratenden und unterstützenden Dienstleistungen entsprechend der nachfolgenden Regelungen dieses Vertrags

und den konkretisierenden Regelungen der Leistungsbeschreibung. Dem sind folgende Leistungen sind bei Abruf einschließlich der mitvergüteten Nebenleistungen der zu erbringen:

- Überlassung von Software-Lizenzen gemäß den erforderlichen Lizenzmodellen des Lizenzgebers
 - Software-Pflege (Software Assurance)
 - Kostenloser Portal-Support
 - Leistungen gemäß der Leistungsbeschreibung
- (2) Die Lizenzen werden grundsätzlich auf Basis der BMI-Konditionenverträge sowie deren eventuellen Nachfolgern beschafft.
- (3) Soweit ein Produkt nicht unter den BMI-Konditionenverträge lieferbar, ist, ist der Auftragnehmer berechtigt, diese auch unter anderen Lizenzprogrammen anzubieten. In diesem Fall hat der Auftragnehmer den Besteller ausdrücklich auf die ggf. abweichenden Lizenzbedingungen hinzuweisen.
- (4) Der Auftragnehmer stellt sicher das der Besteller sämtliche Nutzungsrechte in Übereinstimmung mit den Lizenzbedingungen des Lizenzgebers Microsoft an den vertragsgegenständlichen Produkten erhält.
- (5) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass eine unverzügliche Abbildung der Lizenzen in den von Microsoft bereitgestellten Lizenzverwaltungs- und Administrationsportalen erfolgt (z. B. Microsoft 365 Admin Center oder entsprechende Nachfolge- bzw. Vertragsportale) und der Lizenzbestand sowie aktive Software Assurance für den Auftraggeber jederzeit einsehbar sind.
- (6) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Besteller die erworbenen Lizenzen über die von Microsoft bereitgestellten Portale oder über geeignete elektronische Bereitstellungswege (z. B. Download-Links) beziehen kann.
- (7) Die unterstützenden kostenlosen Leistungen des AN (Beratungs- und Verwaltungsleistungen), welche in den vereinbarten Preisen mit enthalten sind, ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.
- (8) Der AN führt eine Kickoff-Veranstaltung durch, an welcher Vertreter sämtlicher Bedarfsträger des Landes Saarland sowie dem AG 2 teilnehmen. Diese Leistung ist in den vereinbarten Preisen ebenfalls mit enthalten.
- (9) Der AN führt eine jährliche kostenfreie Informationsveranstaltung zu den vertragsgegenständlichen Produkten durch, an welcher Vertreter sämtlicher Bedarfsträger des Landes Saarland und des AG 2 teilnehmen können. Der AN stellt nach Aufforderung durch den Auftraggeber die Präsentationen und Informationsmappen für die Veranstaltung kostenfrei zur Verfügung. Diese Leistung ist in den vereinbarten Preisen ebenfalls mit enthalten.

10. Begleitende zusätzliche Leistungen, Umstellung auf eine Cloudlösung über eine microsoftbasierende souveräne Cloud

- (1) Auf Anforderung sind vom AN individuelle Schulungsleistungen zu allem Microsoft Produkten für Administratoren sowie Schulungsleistungen im Bereich Software Asset Management zu erbringen. Der Schulungsinhalt wird im Einzelfall individuell durch den betreffenden Vertragspartner definiert.

Die Schulungen müssen sowohl als Inhouse-Schulungen als auch als Online-Schulungen angeboten werden.

Die Inhouse-Schulungen finden nach der Wahl des jeweiligen Vertragspartners auf Auftraggeberseite am dessen Standort oder an dem Standort der jeweils bezugsberechtigten Stelle (Bedarfsträger) oder an einem sonstigen auftraggeberseitigen benannten Ort innerhalb des Bundeslandes Saarlandes statt, wobei auftraggeberseitige geeignete Räumlichkeiten mit der erforderlichen Infrastruktur zu stellen sind.

Die Online-Schulungen (z.B. Webcast oder Webinar) müssen die Teilnahme über eine Internetverbindung, welche hinsichtlich Stabilität und Leistungsfähigkeit die Anforderungen für solche Veranstaltungen erfüllt, ortsungebunden mittels entsprechender Zugangsdaten für die Teilnehmer ermöglichen

Die Schulungsunterlagen müssen seitens des AN digital in Form einer druckbaren und speicherfähigen Datei in einem gängigen Format (z.B. PDF oder MS-Word) den Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden.

- (2) Es kann durch den AG 1 die Umstellung auf eine Cloudlösung über eine microsoftbasierende souveräne Cloud für die öffentliche Verwaltung abgerufen werden, sobald eine solche am Markt zur Verfügung steht und diese durch den Auftragnehmer angeboten werden kann.

11. Bestellvorgang / Abruf von vertraglichen Leistungen

- (1) Die Bestellungsanfragen erfolgen in Textform durch den jeweiligen Vertragspartner des Abrufs. Die Bestellungen/Abrufe für den AG 1, das Land Saarland für sämtliche der Bedarfsstellen, ausgenommen davon das Landespolizeipräsidiums, erfolgen ausschließlich über das IT-DLZ. Das Landespolizeipräsidium führt seine Bestellungen selbst beim AN aus. Der AG 2 sowie die weiteren bezugsberechtigten Rechtsträger führen ihre Bestellungen / Abrufe selbst durch.
- (2) Bei Bestellung/Abruf von Standardleistungen aus den Select+ Verträgen erfolgen über die hierfür vorgesehenen Formulare und werden, nachdem der AN geprüft hat, dass keine Optimierungs- oder Beratungsleistungen seinerseits erforderlich sind, werden die Bestellanfragen innerhalb von **3 Werktagen** durch die Versendung einer Bestellbestätigung gem. Abs. (5) umgehend angenommen (Vertragsschluss).
- (3) Bei Bestellung von individuellen Leistungen (z.B. bei begleitenden zusätzlichen Leistungen gem. Ziff. 8) oder Leistungen aus den Enterprise Agreements oder wenn bei Standardleistungen aus den Select+ -verträgen Optimierungs- oder Beratungsleistungen seitens des AN sind, erfolgt auf Basis der Bestellanfrage innerhalb von **5 Werktagen** (anstatt eines Vertragsschlusses gem. Abs. (2). i. V. m. Abs. (5)) zunächst ein Angebotsvorschlag des AN in Textform an den jeweiligen Vertragspartner/Besteller. Bei bestehendem Klärungsbedarf und Nachfragen oder erforderlicher Beratung seitens des AN bezüglich einer solchen Bestellanfrage, hat sich ein Berater des AN sich umgehend **innerhalb eines Werktags** mit dem Vertragspartner des Abrufs/ Besteller in telefonisch oder per E-Mail in Verbindung zu setzen. Die Angebotsvorschläge, welche soweit erforderlich individuell an der Bestellanfrage und an das Ergebnis einer ggf. erfolgten Nachfrage oder Beratung entsprechend angepasst sind, stellen die Grundlage für eine verbindliche Bestellung durch die Auftraggeberseite gem. Abs. (4) dar (invitatio ad offerendum). Diese Angebotsvorschläge enthalten insbesondere:
 - Auftragsnummer des jeweiligen Bestellers
 - Vertragspartner der Lieferung oder Leistung
 - Liefer- und Leistungsadresse
 - Ausführliche Produktbezeichnung / Artikelbezeichnung
 - Herstellerartikelnummer (SKU, Stock Keeping Unit),
 - Bestellartikelnummer
 - Produktmenge

- Vertragsnummer
- Nettopreis
- Ansprechpartner für Rückfragen

Bei Softwarelizenzen zusätzlich:

- Laufzeit der jeweiligen Softwarelizenz, sofern zeitlich beschränkt
 - Assurance (License & Software Assurance, Software Assurance only, Subscription, etc.) inklusive genauer Datumsangaben von... bis....
 - Ausfertigung der erforderlichen Vertragsdokumente zur Unterschrift nach den Vertragsprogrammen mit Microsoft
 - Angabe der vertraglichen Grundlagen mit Microsoft (zu Grunde liegenden Vertragsdokumente)
- (4) Der jeweilige Vertragspartner des AN / Besteller kann einen gem. Abs. (4) erstellten Angebotsvorschlag des AN innerhalb von **30 Werktagen** in Textform durch eine verbindliche Bestellung dieses bestätigen (Vertragsangebot), wobei diese verbindliche Bestellung seitens des AN innerhalb von **2 Werktagen** durch die Versendung einer Bestellbestätigung gem. Abs. (5) umgehend angenommen wird (Vertragsschluss). Der AN kann die Annahme durch Versendung eines fristgerechten Vertragsangebots der Auftraggeberseite nur dann zurückweisen, wenn dem Angebotsvorschlag Preise der Microsoft-Preisliste zugrunde liegen und diese sich zwischenzeitlich geändert haben. Der AN muss in diesem binnen der o. g. Frist von 2 Werktagen mit dem jeweiligen Vertragspartner des AN / Besteller in Verbindung setzen und den Angebotsvorschlag aus Basis der neuen Preise von Microsoft unterbreiten.
- (5) Die Bestellbestätigungen (Vertragsannahme) des AN erfolgen durch Versendung eines Lieferscheins per E-Mail an den Vertragspartner/Besteller, welche die oben unter Abs. (3) enthaltenen Angaben und in der Regel gleich zusätzlich die erforderlichen Downloadlinks und Lizenz – und Aktivierungscodes enthalten. Erfolgt die Lieferung der Software direkt durch den Hersteller an den Vertragspartner des AN oder an den Bedarfsträger getrennt vom zugehörigen Lieferschein des Herstellers, ist der AN verpflichtet, den korrespondierenden Lieferschein auf Anforderung erneut in Kopie dem jeweiligen Vertragspartner zukommen zu lassen.
- (6) Bestellbestätigungen und Angebotsvorschläge des AN dürfen ausschließlich auf der Grundlage von Vereinbarungen mit Microsoft (Lizenzbestimmungen) und dieser Handelspartner Rahmenvereinbarung und deren Anlagen erfolgen und müssen dieser Rahmenvereinbarung und der Leistungsbeschreibung sowie dem Preisblatt (Anlage 3) und der aktuellen Preisliste entsprechen. Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN sind ausgeschlossen und dürfen dort nicht aufgeführt werden.

12. Leistungstermine

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Bestellbestätigung binnen der hierfür geltenden Frist zu übermitteln und (sofern diese nicht schon in der Bestellbestätigung in Form eines Downloadlinks und Lizenz – und Aktivierungscodes oder dergl. enthalten) die Leistungen unverzüglich, spätestens **innerhalb von 5 Werktagen** nach Zugang der Bestellung gem. Ziff. 10 Abs. (2) oder Abs. (4) zu erbringen, es sei denn es ist ein anderer Liefer- oder Leistungstermin ausdrücklich vereinbart.
- (2) Erkennt der Auftragnehmer, dass er die Liefer- oder Leistungsfrist nicht einhalten kann, so hat er dem Besteller die Gründe für die Verzögerung unverzüglich mitzuteilen. Etwaige Ansprüche des Bestellers aus der nicht fristgemäßen Erfüllung der Rahmenvereinbarung bleiben unberührt.

13. Preise, Preisanpassung und Abrechnung

- (1) Die Preise für die nach dieser Rahmenvereinbarung abgerufenen Lieferungen und Leistungen, gelten die in dem Preisblatt (Anlage 3) festgelegten Preise für die jeweilige Leistung AN sowie die in der Preisliste aufgeführten Rabatte und Aufschläge des AN auf die aktuellen Preise auf Basis der aktuellen Bestellerpreisliste des AN, welche ausschließlich die aktuellen Preislisten von Microsoft wiedergibt, zu den Verträgen mit BMI, EA PL Specials to_LSP, Select_Plus, Eurozone_Original, Direct_to_Reseller LevelD.
- (2) Die in dem Preisblatt (Anlage 3) angegebenen Preise sowie mit den angegebenen Rabatten und Aufschlägen versehenen aktuellen Preise von Microsoft verstehen sich als Pauschalpreise inklusive Reisezeitvergütungen, Reisekosten sowie sämtlicher Nebenkosten einschließlich Verpackung, Porto und Versand.
- (3) Bei sämtlichen in dem Preisblatt (Anlage 3) angegebenen Preisen handelt es sich um Nettopreise der gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer zu dem jeweils aktuell gültigen Satz. Die angegebenen Rabatte und Aufschläge beziehen sich ebenfalls auf die aktuellen Nettopreise des Herstellers Microsoft.
- (4) Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber für das elektronische Bestellverfahren jeweils zum 01. eines jeden Monats seine nach Microsoft-Lizenzprogrammen getrennte aktuelle Bestellpreisliste zur Verfügung. In der Datei müssen alle innerhalb der Rahmenvereinbarung angebotenen und über das jeweilige Microsoft-Lizenzprogramm beziehbaren Microsoft-Produkte der Produktliste enthalten sein. Diese aktuelle Bestellerpreisliste weist zwingend ausschließlich die aktuellen von dem Hersteller Microsoft angebotenen Preise aus und enthält keine Änderungen oder Abweichungen hierzu. Insbesondere sind folgende Angaben zu allen bestellbaren Produkten enthalten:
 - Herstellerartikelnummer (SKU), mit der das Produkt bei Microsoft geführt wird
 - Artikelkurzbeschreibung
 - Artikelbeschreibung mit eindeutiger Lizenzmetrik (z.B. pro User, pro Client, pro Core etc.) □ Bestelleinheit
 - Bestellpreis der Auftraggeber (netto) ohne die im Preisblatt ausgewiesenen Rabatte und Aufschläge
 - Die Bestellpreislisten sind im Excel Format per E-Mail an die Adresse lm@itdlz.saarland.de zu senden.
 - Die Bestellpreislisten sind im Excel Format per E-Mail an die Adresse it@kreis-saarlouis.de zu senden.
- (5) Auf Anforderung des AG 1 oder AG 2 sind vom AN als Nachweis die aktuellen und vorangegangenen monatlichen Preislisten von Microsoft, aus welchen die Preise in der gem. Abs. (4) zu übermittelnden Bestellpreisliste des AN entnommen wurden, zu übermitteln.
- (6) Eine Änderung der im Preisblatt (Anlage 3) vereinbarten Prozentsätze für Rabatte bzw. Aufschläge und Festpreise ist während der gesamten Laufzeit der Rahmenvereinbarung ausgeschlossen.
- (7) Preisanpassungen (Preiserhöhungen, Preisverringerungen) sind ausschließlich im Hinblick auf die Preise des Herstellers Microsoft bzw. die in den BMI-Konditionenverträgen vereinbarten zusätzlichen Rabattierungen möglich, wobei der AN auch Preisverringerungen weitergeben muss. Die im Preisblatt (Anlage 3) angegebenen Rabatte bzw. Aufschläge des AN sind beizubehalten.
- (8) Die Preisanpassungsklauseln der jeweils einschlägigen EVB-IT AGB finden keine Anwendung.

- (9) Jegliche Preisänderungen durch Microsoft sind den Auftraggebern mindestens 5 Arbeitstage vor Inkrafttreten auf elektronischem Wege anzukündigen und ein aktualisiertes Exemplar der Bestellpreisliste i. S. v. Abs. (4) innerhalb derselben Frist an die oben abgegebene E-Mail-Adresse zu übermitteln. Die aktualisierten Bestellpreislisten werden Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung
- (10) Der AN verpflichtet sich, für Microsoft-Produkte und -Leistungen, welche nicht über die BMI-Konditionenverträge bzw. deren eventuelle Nachfolger beziehbar sind, auf der Grundlage alternativer Lizenzprogramme ein Angebot zu erarbeiten, das den Preis des Herstellers Microsoft und den Rabatt/Aufschlag gemäß Preisblatt (Anlage 3) ausweist.
- (11) Der AN stellt für jeden Einzelabruf eine gesonderte Rechnung, welche an den jeweiligen Vertragspartner/Besteller der Bestellungen/Abrufe richten und diesem per E-Mail zu übermitteln ist. Bei Rechnungen an den AG 1 sind diese an das IT-DLZ unter Benennung der jeweiligen Bedarfsstelle zu übermitteln. Es muss sich um eine ordnungsgemäße Rechnung gemäß § 14 UStG, in welcher die Leistungen nachvollziehbar aufgeschlüsselt sind. Darüber hinaus müssen die Rechnungen folgende Angaben enthalten:
- Auftragsnummer des jeweiligen Vertragspartners auf Auftraggeberseite
 - Bestelldatum
 - Microsoft-Vertragsnummer
 - Vertragslaufzeit (SA-Laufzeit)
 - ggf. RV-Abruf-Nummer
 - Lieferadresse
 - Rechnungsposition
 - Produktname
 - SKU-Nummer
 - Produktmenge
 - Einzelpreis Produktlizenz netto
 - Einzelpreis Software Assurance netto
 - Produkt-Gesamtpreis netto
 - Rechnungssumme netto
 - Rechnungssumme brutto
 - Rechnungsstellung bei Einmalzahlung
- (12) Die Bezahlung der Rechnung ist innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Rechnung fällig. Voraussetzung für die Fälligkeit ist eine ordnungsgemäße Rechnung gemäß § 14 UStG, in welcher die Leistungen nachvollziehbar aufgeschlüsselt sind und die Angaben gem. Abs (7) enthält. Die Abrechnung und Fälligkeit von jährlich zu vergütenden Leistungen richtet sich nach jeweiligen Bedingungen aus den Verträgen mit dem Hersteller oder ansonsten nach den ergänzenden jeweils einschlägigen EVB-IT AGB.
- (13) Die Rechnungsstellung hat an folgende Stelle zu erfolgen:

Für Bestellungen des Landes Saarland (mit Ausnahme des LPP):

IT-Dienstleistungszentrum

SG A2

Virchowstr. 7

66119 Saarbrücken

Rechnungen per E-Mail an:

lm@it-dlz.saarland.de

**Für Bestellungen der Landespolizeipräsidiums (LPP) sowie des AG 2 und die sonstigen
bezugsberechtigten Rechtsträger:**

Die jeweilige Adresse des Bestellers

**14. Geltungsdauer des Rahmenvertrags (Laufzeit), auftraggeberseitige
Verlängerungsoption**

- (1) Dieser Rahmenvertrag beginnt zum 01.08.2026 und endet automatisch zum 31.07.2027, ohne dass es einer Kündigung bedarf (Laufzeit des Vertrags). Die reguläre Laufzeit des Vertrags verlängert sich jeweils um weitere 12 Monate, wenn der AG 1 3 Monate vor Ende der regulären Vertragslaufzeit bzw. des Verlängerungszeitraums diese Verlängerungsoption schriftlich gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht. Die Geltendmachung der Verlängerungsoption durch den AG 1 wirkt stellvertretend für den AG 2, der AG 2 ist nicht berechtigt, die Verlängerungsoption auszuüben. Die Verlängerungsoption kann durch den AG 1 maximal dreimal (3x) ausgeübt werden, so dass der Vertrag spätestens zum 31.07.2030 endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Der Vertrag endet automatisch, sobald die Höchstgrenze von 50.000.000 EURO erreicht ist.
- (2) Die ordentliche Kündigung des Rahmenvertrags, auch vor dessen Beginn, ist für beide Seiten ausgeschlossen.
- (3) Dieser Rahmenvertrag kann von beiden Vertragsparteien außerordentlich ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund i. S. d. § 314 BGB vorliegt, oder dieser Vertrag ausdrücklich bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen einen außerordentlichen Kündigungsgrund regelt. Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Die auftraggeberseitige außerordentliche Kündigung kann ausschließlich durch den AG 1 ausgesprochen werden und wirkt stellvertretend für den AG 2. Eine außerordentliche Kündigung dieser Rahmenvereinbarung durch den AG 1 bewirkt, dass die Möglichkeit der Abrufe von Leistungen sämtlicher nach dem Vertrag abrufberechtigter Stellen hierdurch entfällt.
- (4) Die Beendigung oder Kündigung dieses Rahmenvertrags beendet nicht zugleich auch die auf Basis dieses Rahmenvertrags einzeln abgeschlossenen Aufträge und Lizenzverträge. Die Beendigung oder Kündigung der einzelnen Aufträge und Lizenzverträge richtet sich nach den Bestimmungen der einzelnen Aufträge und Lizenzverträge und den gesetzlichen Bestimmungen und erfolgt durch den jeweiligen Vertragspartner.

15. Außerordentliche Kündigung

- (1) Der AG 1 kann unbeschadet gesetzlicher Kündigungsrechte das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen:
 - wenn der AN wiederholt wesentliche Vertragspflichten verletzt;
 - wenn der AN unter Verstoß gegen Ziff. 6 Abs (4) des Vertrags weitere Handelspartner beauftragt oder solche vertraglich zwischenschaltet oder Sinne dieses Vertrags nicht als Handelspartner für die Microsoft-Produkte tätig oder eine Berechtigung als Handelspartner für Microsoft-Produkte nicht besitzt oder diese verliert oder die Voraussetzungen gem. Ziff. 6 Abs (1) bis (3) nicht besitzt oder verliert;
 - wenn seitens des AN gegen Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) und/oder Regelungen des Mindestlohngesetzes verstoßen wird;

- wenn vom AN selbst oder zulässigerweise vom einem der Auftraggeber (AG 1 oder AG 2) oder einem der bezugsberechtigten Rechtsträgern oder einem anderen Gläubiger das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 InsO) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren über das Vermögen des AN beantragt ist;
 - wenn über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 InsO) bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet wird;
 - wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§ 14 und 15 InsO) bzw. eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über das Vermögen des AN mangels Masse abgelehnt wird;
 - wenn die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt wird, als dass der AN seine Leistungen nicht nur vorübergehend einstellt;
 - der AN aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt;
 - der AN dem AG 1 oder AG 2 und den weiteren bezugsberechtigten Rechtsträgern bzw. deren Mitarbeitenden oder den Mitarbeitenden in deren bezugsberechtigten Institutionen und behördlichen Stellen sowie durch den AG 1 oder AG 2 und den weiteren bezugsberechtigten Rechtsträgern beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder Ihnen nahestehende Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, verspricht oder gewährt;
 - der AN gegenüber dem AG 1 oder AG 2 und den weiteren bezugsberechtigten Rechtsträgern oder dessen Mitarbeitenden oder den Organen oder Mitarbeitenden oder von dem dem AG 1 oder AG 2 und den weiteren bezugsberechtigten Rechtsträgern beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen;
 - bei erheblicher Verletzung der vertraglichen Verpflichtungen zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung des Datenschutzes durch den AN.
- (2) Die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen durch den AG 1 oder den AG 2 oder dessen vertragsberechtigter Mitglieder bleibt unberührt.

16. Vertragsbeendigung, Betriebseinstellung, Insolvenz

- (1) Im Falle einer vorzeitigen Vertragsbeendigung bestehen für den AN folgende Pflichten: Er ist verpflichtet, unverzüglich alle Daten und Unterlagen, die für die auftraggeberseits zur unmittelbaren Aufrechterhaltung des Betriebs seiner Softwaresysteme und Lizenzen notwendig sind, an die Auftraggeber bzw. an die bezugsberechtigten Rechtsträger/ Besteller in einer für die vollständigen Nutzbarkeit hinreichenden Form (z.B. auf Datenträgern oder in elektronischer Form (Link, E-Mail) herauszugeben. Hierzu gehören insbesondere Betriebsdokumentationen, Betriebshandbücher, Betriebsanweisungen etc. Konfigurationsdaten, Planungsunterlagen, notwendige Betriebsmittel (z. B. spezifische Software, Skripten, Routinen) etwaige Nutzdaten (Verfahrensdaten).

- (2) Im Falle einer auftraggeberseitigen außerordentlichen Kündigung wegen Einreichung eines Eigenantrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens treffen dem AN ebenfalls die Verpflichtungen aus Abs. (1), sofern insolvenzrechtliche Vorschriften dem nicht entgegenstehen.
- (3) Bei einer regulären Vertragsbeendigung (Ende der Vertragslaufzeit) muss der AN insoweit Unterlagen herausgeben, als diese für den ordnungsgemäßen Übergang auf einen neuen Handelspartner erforderlich sind.
- (4) Über eine Betriebseinstellung oder über die Einreichung eines Eigenantrag Insolvenzantrags sowie über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hat der AN den AG 1 und AG 2 unverzüglich zu unterrichten.

17. Ansprechpartner der Parteien

Die Ansprechpartner des AN, AG 1 und AG 2 sind in der Liste festgehalten, die nach Zuschlag versandt wird.

Sofern hinsichtlich der Ansprechpartner Änderungen während der Laufzeit dieses Rahmenvertrags eintreten, informiert die betreffende Partei, die jeweils andere hierüber und es wird unverzüglich und die Liste dementsprechend angepasst.

18. Haftung und Pflichten des AN

Der AN haftet entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen. Der Auftragnehmer haftet sowohl für eigenes als auch für das Verschulden von Unterauftragnehmern.

19. Haftung der Auftraggeber und der bezugsberechtigten Rechtsträger

- (1) Die Auftraggeber dieser Rahmenvereinbarung, AG 1 und AG 2, haften nach den gesetzlichen Vorschriften für Verstöße, welche ihre eigene Tätigkeit im Rahmen der Ausschreibung und des Rahmenvertrags betreffen.
- (2) Des Weiteren haftet der AG 1 sonst ausschließlich im Rahmen der Einzelverträge, welche durch Abrufe des AG 1 für sich selbst oder für seine Bedarfsstellen sowie durch die Abrufe des Landespolizeipräsidiums (LPP) zwischen dem AG 1 und dem AN begründet werden. Eine gesamtschuldnerische vertragliche Haftung mit dem AG 2 besteht nicht.
- (3) Des Weiteren haftet der AG 2 sonst ausschließlich im Rahmen der Einzelverträge, welche durch Abrufe des AG 2 zwischen dem AG 2 und dem AN begründet werden. Eine gesamtschuldnerische vertragliche Haftung mit dem AG 1 besteht nicht.
- (4) Die Auftraggeber der Rahmenvereinbarung, AG 1 und AG 2, übernehmen für Handlungen der bezugsberechtigten Rechtsträger, welche ausschließliche Vertragspartner des Auftragnehmers ihrer Einzelabrufe sind, im Rahmen der Erfüllung und Abwicklung der durch diese Einzelabrufe begründeten Vertragsverhältnisse keinerlei Haftung.
- (5) Die bezugsberechtigten Rechtsträger haften demnach jeweils gegenüber dem Auftragnehmer ausschließlich im Rahmen ihrer eigenen vertraglichen Verhältnisse entsprechend der Bestimmungen aus den jeweils abgeschlossenen Abrufen und den gesetzlichen Vorschriften.

Eine gesamtschuldnerische vertragliche Haftung der bezugsberechtigten Rechtsträger und dem AG 1 und AG 2 des Rahmenvereinbarung ist ausgeschlossen.

- (6) Im Übrigen haften die Beteiligten nach den gesetzlichen Vorschriften

20. Pflichten der Vertragsparteien

Die Auftraggeber und der AN werden ihren vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen.

21. Versicherung des AN

Der AN verpflichtet sich folgende Versicherungen abzuschließen und diese während der gesamten Vertragsdauer aufrecht zu erhalten und den Auftraggebern nachzuweisen:

Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 5.000.000,00 €
für Personen-, Sach- und Vermögensschäden 2-fach maximiert je Versicherungsjahr.

22. Zurückbehaltungsrecht

Die jeweiligen Vertragsparteien können Ansprüche nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder ein Zurückbehaltungsrecht ausüben. Das Zuwarten oder Aufschieben der Geltendmachung von Ansprüchen oder Nichtausübung von Rechten einer Vertragspartei bedeutet keine Verzichtserklärung oder Einwirkung auf den Bestand der Rechte oder einen Verzicht auf die Wahrnehmung von Ansprüchen für zukünftige Fälle.

23. Vertraulichkeit und Datenschutz

- (1) Die Vertragsparteien werden wesentliche und nicht allgemein bekannte Angelegenheiten des jeweils anderen Vertragspartners mit der im Geschäftsleben üblichen Vertraulichkeit behandeln.
- (2) Die Vertragspartner werden personenbezogene Daten des jeweils anderen Vertragspartners, sowie auch der Bedarfsstellen des AG 1 und des AG 2 nur für die vertraglich vereinbarten Zwecke verarbeiten und nutzen, und nur soweit dies für diesen Rahmenvertrag und die jeweils abgeschlossenen Einzelverträge erforderlich ist. Sie werden diese Daten insbesondere gegen unbefugten Zugriff sichern und sie nur mit Zustimmung des anderen Vertragspartners an Dritte weitergeben. Diese Verpflichtung gilt über die Beendigung des Vertrages hinaus. Weiterhin gelten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der DSGVO und des Bundesdatenschutzgesetzes.
- (3) Die nachfolgenden ergänzenden gesonderten Regelungen gem. § 22 bleiben hiervon unberührt.

24. Veröffentlichungen, Pressemitteilungen, Vertraulichkeit

- (1) Jede öffentliche Verlautbarung des AN im Zusammenhang mit dieser Rahmenvereinbarung, Einzelverträgen oder sonstigen, die Leistungserbringung betreffenden Sachverhalte bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Insbesondere wird der Auftragnehmer keine Pressemitteilungen ohne vorherige inhaltliche Abstimmung des zur Veröffentlichung vorgesehenen Textes abgeben.

- (2) Die Rahmenvereinbarungsparteien werden den Inhalt dieser Rahmenvereinbarung und den Inhalt der Einzelverträge vertraulich behandeln und ihren Inhalt Dritten nur mitteilen, wenn und soweit es für die Erfüllung dieser Rahmenvereinbarung erforderlich ist. Mitteilungen aufgrund gerichtlicher oder öffentlich-rechtlicher Anordnungen oder Verpflichtungen, insbesondere gegenüber Rechnungsprüfungsstellen und parlamentarischen Gremien, bleiben den Parteien vorbehalten.
- (3) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse strikt vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder sonst zu verwerten. Dies gilt auch für den Erfahrungsaustausch innerhalb der öffentlichen Hand.
- (4) Die Pflicht zur absoluten Vertraulichkeit dauert auch nach Beendigung der Zusammenarbeit an. Auf Verlangen sind ausgehändigte Unterlagen einschließlich aller davon angefertigten Kopien sowie Arbeitsunterlagen und -materialien zurückzugeben.
- (5) Dies gilt auch über die Laufzeit der Vereinbarung hinaus. Die Verpflichtung gilt auch für die Rechtsnachfolger der Parteien. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

25. Schriftform und Salvatorische Klausel

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieser Rahmenvereinbarung oder einzelner Bestimmungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform und der Unterzeichnung bzw. schriftlichen Bestätigung durch die Rahmenvereinbarungspartner. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke herausstellen, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht.
- (3) Anstelle der unwirksamen Bestimmung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am ehesten entspricht. Im Fall einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit einer Bestimmung auf einem Maß der Leistung beruht. Es gilt dann das rechtlich zulässige Maß.

26. Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Die Parteien vereinbaren die Anwendung des Rechts der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendbarkeit von Vorschriften des UN-Kaufrechts werden ausgeschlossen,
- (2) Erfüllungsort ist der Hauptsitz des AG 1
- (3) Der Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus allen Verträgen ist Saarbrücken.